

KOMMENTARE

Erdogans Wahltriumph in der Türkei
Der Alleinherrscher

Es ist nicht nur der politische Ehrgeiz, der Erdogan treibt. Er will Geschichte schreiben. Vor allem jetzt, als Staatspräsident mit nahezu unbegrenzter Macht. Er will die Türkei in ihren Grundfesten erschüttern – wie einst Kemal Atatürk, an dessen Fußstapfen er gerne Maß nimmt – und sie neu formatieren. Es dürfte eine Türkei werden, in der europäisches Gedankengut nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Wobei er in diesem Punkt nur seiner Politik treu bleibt, denn seine Heimat ist und bleibt die islamische Welt. Es wird alles tun, um aus der Türkei eine einflussreiche präsidentielle Republik mit einem autoritären Langzeit-Herrscher an der Spitze zu machen. Europa passt da kaum noch ins Bild. Was freilich nicht bedeutet, dass er die in Deutschland und Europa beheimateten Türken vom Staatsthron aus vernachlässigen wird.

Erdogan, das ist unbestritten, kann auf eine hervorragende Wirtschafts-Bilanz verweisen. Ob das für einen guten Staatspräsidenten aber ausreicht, ist zu bezweifeln. Denn sicher ist auch, dass er kein Diplomat, sondern ein Machtmensch und Fundamentalist mit einem beachtlichen Mangel an Skrupeln ist – wie der Umgang mit den Gezi-Protesten und diversen Korruptionsaffären zeigen. Und er sich bevorzugt einer aggressiven Rhetorik bedient, die kaum auf einen um Ausgleich bemühten Landesvater hindeutet.

Die Türkei bekommt einen Präsidenten, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger Gül ungebremst schalten darf – und wird. Die Verfassung erlaubt es ihm: Die Beschlüsse des Staatsoberhauptes sind juristisch unanfechtbar. Fehlt nur noch ein williger AKP-Mann als Partei- und Regierungschef, dann ist Erdogan nahezu sakrosankt – und die Türkei eine gelenkte Demokratie wie Putins Russland.



Werner Menner

Sie erreichen den Autor unter Werner.Menner@merkur-online.de

Berlin verlangt Aufdeckung aller Agenten
Netter Versuch

Es geht doch nichts über deutsche Gründlichkeit – auch bei der Agentenjagd: Bundesaußenminister Steinmeier fordert China, Russland, die USA und andere neugierige Gäste auf, ihr Spionagepersonal in der Bundesrepublik bitteschön zu melden. Auf einem Formblatt der Bundesdruckerei, oder wie? Huch, da werden Obamas Männer mit den großen Ohren aber zittern!

Leider ist die Sache nur bedingt lustig. Auch politisch ziemlich beste Freunde der Deutschen wie die USA oder Großbritannien sind wirtschaftlich erbitterte Rivalen. US-Beteuerungen, man sammle Daten ausschließlich für die Terror-Abwehr, sind wohl ein eher humoristischer Beitrag zur aktuellen Debatte. Die Bundesregierung jedenfalls muss sich den Vorwurf gefallen lassen, mit ihrem beleidigten Beharren auf einem „No-spy“-Abkommen ziemlich blauäugig mit dem Problem umgegangen zu sein. Niemals werden die USA ihren Wettbewerbsvorteil aufgeben, der aus der umfassenden nachrichtendienstlichen Durchdringung ihres früheren Schützlings Deutschland resultiert.

Mit Protestnoten und diplomatischem Druck ist es deshalb nicht getan, auch wenn beides gut zu romantischen Berliner Vorstellungen von der heilen westlichen Wertefamilie passt. Der Spionage-Abwehrkampf ist aufwendig. Und teuer. Er beginnt mit der Aufrüstung der Abteilung Gegenespionage im BND (auch gegen „befreundete“ Länder) und endet noch längst nicht damit, dass der Bundestag seinen (amerikanischen) Telekommunikations-Dienstleister Verizon feuert. Kernstück aller Anstrengungen muss der Aufbau einer europäischen Netz-Infrastruktur sein. Wer auf US-Konzerne wie Cisco und Daten-Kraken wie Google oder Facebook vertraut, hat im Rennen der Machtblöcke um die alles entscheidende digitale Zukunft schon verloren.



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter Georg.Anastasiadis@merkur-online.de

Fehlende Richter und Staatsanwälte

An der falschen Stelle gespart

Der Staat muss für eine funktionsfähige Justiz sorgen. Punkt. Wenn Richter und Staatsanwälte aufgrund von unbesetzten Stellen, von fehlendem Geld ihren Aufgaben nicht mehr in angemessener Zeit nachkommen können, ist das eine Bedrohung für den Rechtsstaat. Der jüngste Fall des mutmaßlichen Vergewaltigers, der aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste, weil das Gericht den Prozess nach über einem Jahr noch immer nicht beginnen konnte, ist nur ein besonders krasse Beispiel für überlastete Richter.

Noch düsterer wird das Bild, wenn man die Verfahrensdauer bei Strafprozessen ohne inhaftierte Angeklagte oder gar bei Zivilprozessen betrachtet. Da können Jahre ins Land gehen, bis auch nur ein erstinstanzliches Urteil gefällt wird. Nicht zuletzt der Überlastung der Gerichte ist es auch geschuldet, dass immer mehr Verfahren gar nicht aufgeklärt, sondern mit Deals beendet oder gegen Geldauflagen eingestellt werden.

Wenn allein in Bayern mehr als 260 Richterstellen nicht besetzt sind, läuft etwas gewaltig schief. Nur mit Gerichten, die in angemessener Zeit Recht sprechen können, lassen sich Ansehen und vor allem Akzeptanz der Justiz bewahren. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle.



Philipp Vetter

Sie erreichen den Autor unter Philipp.Vetter@merkur-online.de

KARIKATUR



Wasser marsch ...

ZEICHNUNG: SKOTT

PRESESTIMMEN

Zum Krieg in Gaza

„Nach einem Monat Krieg, der für die Bevölkerung verheerend war, knüpft die Hamas ihre politische Zukunft an die Aufhebung des 2007 von Israel verhängten Embargos. Seit Ägypten im Sommer 2013 mit der Zerstörung der Schmuggeltunnel begann, hat die islamistische Bewegung der Bevölkerung keine Perspektive mehr anzubieten, da nur die Tunnel es erlauben, die Blockade zu umgehen.“

LE MONDE, PARIS

Zu US-Einsatz im Irak

„Es geht heute nicht darum, so wie 2003 mit zehntausenden Soldaten in den Irak einzumarschieren. Es geht darum, mit einem vergleichsweise begrenzten Einsatz die IS-Fanatiker zu stoppen. Doch auch hier gilt: Es gibt zwar Fälle, in denen militäri-

sche Mittel nötig sind, um eine noch größere Katastrophe zu verhindern. Wirklich lösen lassen sich Konflikte damit meist nicht. Dazu bedarf es politischer Mittel. Und daran müssen die USA und Europäer nun arbeiten.“

DI E PRESSE, WIEN

Zur Wahl in der Türkei

An Selbstbewusstsein hat es dem 60-Jährigen noch nie gefehlt. Das werden die Partner im Militärbündnis spüren. Es brennt an allen Grenzen der Türkei. Sie ist sozusagen ruhender Pol gegen Syrien, Iran, den Irak und den Terrorkrieg der IS-Miliz. Wer sich als Ausgangspunkt für Gegenschläge und Basis für Nachschub anbietet, der darf auch mit Nachsicht rechnen, wenn es innenpolitisch noch autoritärer zugeht.

DER NEUE TAG, WEIDEN

STREIT UM GABRIELS WIRTSCHAFTSKURS

Unionspolitiker gegen Merkel

Zu populistisch, zu teuer für den Staat, ein Hemmschuh für Unternehmen: Im Wirtschaftsflügel der Union regt sich Unmut angesichts der Politik von Vizekanzler Sigmar Gabriel. Die Konservativen hadern mit Kanzlerin Merkel, weil sie Gabriel gewähren lässt.

VON SUSANNE STEPHAN

Berlin – Russland und der Westen steuern auf einen Handelskrieg zu, die Krisen im Nahen Osten verunsichern Anleger, der Deutsche Aktienindex Dax bröckelt. Für Unternehmen in Deutschland könnte die Situation besser sein, finden führende Vertreter der Union – doch Kanzlerin Angela Merkel und ihr Superminister Sigmar Gabriel verweigern sich ihrer Verantwortung für die Wirtschaft.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs (CDU), wirft Merkel mangelnde Führungsstärke vor. Er fordert einen „Neustart“ in der Wirtschaftspolitik. Ähnlich sieht es Hans Michelbach, der Vorsitzende der Mittelstands-Union der CSU. „Die Wirtschaftspolitik folgt keinem Kompass“, sagte er unserer Zeitung.

Der Unmut der Unionspolitiker entzündet sich am selbstbewussten Auftreten Gabriels. Er bringe seine „starke Persönlichkeit“ in Entscheidungen ein, und gewichte „die Interessen der SPD sehr hoch“, klagt Mi-



Schau' mir in die Augen, Kanzlerin! Angela Merkel, hier bei ihrem 60. Geburtstag, versteht sich gut mit Sigmar Gabriel – zu gut, argwöhnen Wirtschaftspolitiker der Union. FOTO: AFP

chelbach. Vielfach praktiziere Gabriel „reinen Populismus“, um auch den Grünen entgegenzukommen. „Das ist eine Basar-Situation.“

Konkret kritisieren die Unions-Politiker unter anderem die geplanten Restriktionen für Rüstungsexporte. „Soweit ich weiß, steht die Zertrümmerung der deutschen Rüstungsindustrie nicht im Koalitionsvertrag“, konstatiert Michael Fuchs. In der Branche stünden 200 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. „Von sicherheitspolitischen Aspekten für unsere Bundeswehr gerade im Zeichen der Ukraine ganz zu schweigen.“

Gabriel will Waffenexporte in Staaten außerhalb der EU und der Nato nur noch in Ausnahmefällen genehmigen. Im Januar hatte er erklärt: „Es ist eine Schande, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört.“ „Wir haben noch nie Waffen in Konfliktregionen exportiert“, hält Michelbach jetzt dagegen.

Auch die Überlegungen in der SPD, eine Frauenquote nicht nur für die Aufsichtsräte großer Konzerne einzuführen, alarmieren Wirtschaftsvertreter. Auf kleine und mittlere Firmen würde damit ein nicht zu vertretender büro-

kratischer Aufwand zukommen, fürchtet Michelbach. Überhaupt solle sich der Staat endlich mehr aus der Wirtschaft heraushalten: Der Anteil der öffentlichen Ausgaben an der gesamten Volkswirtschaft sei heute höher als vor dem Beginn der Schuldenkrise im Jahr 2007 – ein Unding, findet der Politiker. Schützendeckung bekommt er vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Dessen Präsident Eric Schweitzer zweifelt offen an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Der „Welt am Sonntag“ sagte er, es gebe in der Bundesregierung keinen Mi-

nister mit ausgeprägter Wirtschaftserfahrung.

In die aktuellen Angriffe der Unionspolitiker auf Merkel und Gabriel mischen sich allerdings auch selbstkritische Töne: Erwin Huber, der frühere bayerische Wirtschaftsminister, spricht vom „Lamentieren im Sommerloch“. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion kritisiert die Arbeit der Berliner Unionsfraktion in den letzten Monaten: „Ich teile die Meinung, dass die Wirtschaftspolitik im Koalitionsvertrag unterbelichtet ist. Aber wo waren denn die Wirtschaftspolitiker beim Aushandeln und bei den Entscheidungen im ersten Jahr? Mir fehlt eine Konzeption der Wirtschaftspolitik, mir fehlt die Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen, mir fehlt der ordnungspolitische Kompass und die gebündelte Akti-

on.“ Letzteres – die Zusammenarbeit der Unions-Wirtschaftspolitiker in den Ländern und auf Bundesebene – scheint schwierig zu sein. Dies zeigt sich am Thema Fracking: Unions-Fraktionsvize Fuchs fordert erneut mehr Pilotprojekte, um zu erkunden, wie in Deutschland Gas aus Gesteinsschichten gepresst werden kann. Der bayerische Umweltminister Marcel Huber ist strikt gegen die neue Technologie – zum Entsetzen von CSU-Mittelstands-Vertreter Hans Michelbach. Russland könne von heute auf morgen den Westen den Gashahn zudrehen, sagt Michelbach. Deswegen habe er kein Verständnis dafür, dass Huber das Fracking verbieten wolle.

Fall Haderthauer: CSU denkt über Nachfolge nach

Rochade wäre bei Rücktritt wahrscheinlich – Seehofer verschärft Kritik am Krisenmanagement: „Sicher nicht klug“

München – In der CSU kursieren Gedankenspiele für eine Nachfolge von Staatskanzleichefin Christine Haderthauer. Sollte die Ministerin die Modellauto-Affäre politisch nicht überstehen, müsste schnell ein Nachfolger gefunden werden, um das Regierungs-Management aufrecht zu erhalten. Proporz und lästige Formalien machen das zum Puzzle.

Bisher ist das 17-köpfige Kabinett von Horst Seehofer bis ins Detail nach Proporz ausgetüfelt. Aus jedem der zehn CSU-Bezirksverbände, selbst aus den kleinsten und zerstrittensten, sitzt mindestens ein Abgeordneter am Kabinettschiff. Sollte die Oberbayerin Haderthauer fallen, wird der Bezirk Anspruch auf die Nachfolge erheben. Weil die Staatskanzlei-Führung

aber als herausragend gilt, dürfte da kein Neuling aus der Fraktion ans Ruder kommen. Das lehrt schon die Erfahrung: Seit 1995 wechselten Staatskanzleiminister zwar sieben Mal, stets aber bekamen nur Politiker den Posten, die zuvor mindestens Staatssekretär waren.

Eine solche Rochade ist auch aktuell wahrscheinlich. Kultus-Staatssekretär Georg Eisenreich (43) gilt als erste Option. Der Münchner managt im Hintergrund den für die CSU in der Summe erfolgreichen Kommunalwahlkampf in der Landeshauptstadt. An Fäden ziehen zu können, ist die Kernkompetenz eines Staatskanzleichefs. Auch Heimat-Staatssekretär Albert Füracker (46), über den man im Söder-Ministerium nur Gutes vernimmt, ist ein



Georg Eisenreich gilt als ein möglicher Haderthauer-Erbe

Kandidat. Der bodenständige Oberpfälzer, wie Eisenreich erst seit 2013 dabei, hat sich sehr schnell eingearbeitet. Ihn zieht aber auch nichts weg.

Den freiwerdenden Staatssekretärsposten bekäme dann ein Oberbayer, in Seehofers Proporzschema bevorzugt eine Frau. Kerstin Schreyer-Stäblein (Fraktionsvize, Fachgebiet Bildung), Ulrike Scharf (Finanzen) und Ingrid Heckner (Öffentlicher Dienst) wer-

den genannt. Markus Blume (Wirtschaft, Internet) gilt als kompetent, der Münchner ist aber weder in der CSU Oberbayern noch Frau.

Seehofer könnte die bisherigen Staatssekretäre auch kurzfristig übergangsweise mit der Leitung seiner Staatskanzlei betrauen – der Landtag müsste nicht aus der Sommerpause anrücken. Haderthauer entlassen, den Staatssekretär zum Minister befördern und ein neues Mitglied ins Kabinett holen, kann er allerdings laut Verfassung nur mit Beschluss des Landtags. Bisher zeichnet sich keine Sondersitzung ab. Ein Sturz Haderthauers im August gilt in hohen Parteikreisen eh als unwahrscheinlich.

Wie weit Seehofers Geduld in der Affäre reicht, ist schwer abzuschätzen. Am Wochen-

ende kritisierte er, wenn auch ohne neuen Anlass, erneut Haderthauers Krisenmanagement. Seine Wortwahl wird von Mal zu Mal schärfer. Manches, was die Ministerin diese Woche geäußert habe, sei nicht hilfreich gewesen, sagte der Parteivorsitzende im „Sommerinterview“ des ZDF. Er bezog sich auf Haderthauers Äußerung, ihre umstrittenen Geschäfte mit psychisch kranken Straftätern seien ein „von Idealismus getragenes Engagement gewesen“.

„Das war sicher nicht klug, das habe ich auch im Kabinett selbst gesagt“, sagte Seehofer auch im BR. Ihm sei wichtig, dass möglichst bald Klarheit herrsche, denn auf Dauer beinträchtigen die Vorwürfe gegen Haderthauer die Arbeit seines Kabinetts.

CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER